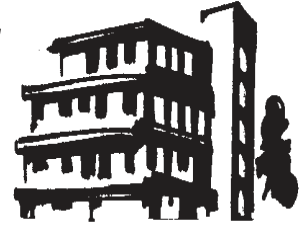


Unser Weg



46. Jahrgang

Nr. 369 - Februar 2020

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

2 *Klimaschutz 2020: Aktionsplan und „Runder Tisch“*

3 *Regionales Schienenbündnis zum „Verkehrsgipfel“*

6 *Wohnungs-Suchende, Notwohnungen und Gewerbesteuer*

7 *Die Blutspur des US-Imperialismus*

Klimapaket: Es muss mehr erkämpft werden

Trotz der großen Demonstrationen für mehr Klimaschutz wurde ein sogenanntes Klimapaket beschlossen, das völlig unzureichend ist. Man hat sich nicht mehr getraut, als die Großkonzerne erlauben. Keine gesetzlichen Regelungen, die den CO₂-Ausstoß begrenzen, sondern nur ein paar finanzielle Belastungen für CO₂-Erzeuger und ein paar Anreize für CO₂-Sparer. Die Groß-Industrie wird das zu nutzen wissen: Die Anreize werden mitgenommen, die Belastungen an die Kunden weitergegeben – wo immer möglich. Und so können die Profite steigen, das profitgetriebene Wachstum mit

immer größerem Ressourcenverbrauch kann weitergehen. Nötig wäre ein Umbau zu einer Produktion und Konsumtion mit weniger Energie- und Rohstoff-Verbrauch, mit weniger Verkehr und weniger Transporten. Mit Verzichts-ideologie hat das nichts zu tun. Die Lebensqualität muss nicht schlechter werden, wenn nicht immer mehr, sondern immer bessere Waren hergestellt werden, wenn weniger Produkte hin und her gefahren, geflogen oder verschifft werden.

Auf Klima-Demonstrationen sieht man immer öfter die Forderung, das System zu ändern, wenn das Klima anders nicht

zu retten ist. Das System (= der Kapitalismus) ändert sich aber nicht durch Forderungen, sondern nur durch Kampf. Klimakampf ist Klassenkampf – das muss sich in den Köpfen festsetzen.

Die Versprechungen der Politiker für 2035 oder 2050 sind nichts wert. Dann kann keiner von ihnen mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Heute und morgen muss mehr erkämpft werden. Mehr als das lächerliche Klimapaket. Doch nicht die Masse der Bevölkerung muss belastet werden. Die tatsächlichen Verursacher müssen zur Kasse.

Arno Grieger

CO₂-Steuer

Die jugendlichen Klima-Aktivisten haben einiges in Bewegung gebracht. Doch plötzlich wurde versucht, alles auf einen Punkt zu konzentrieren: CO₂-Steuer.

Warum sind hier Kritik und Widerstand angesagt?

1. Die Verteuerung klima- und umweltschädlicher Produkte macht Sinn, wenn es tatsächlich Alternativen gibt, die den Menschen zur Verfügung stehen, zum Beispiel ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr als Alternative zum Auto. Ist dies nicht der Fall, dann ist es eine reine Abzocke.
2. Klimaschutz und Sozialstaat gegenein-

ander auszuspielen ist völlig verfehlt.

3. CO₂-Steuern können sinnvoll sein, wenn damit Investitionen in Klima- und Umweltschutz finanziert werden.
4. Hier und heute muss ein ökologisches Investitionsprogramm - insbesondere für den Verkehr – in Angriff genommen werden. Das betrifft Bahn, Bus, Straßenbahn, Rad- und Fuß-Verkehr.
5. Zur Finanzierung können durchaus Schulden gemacht werden. Um einen Null-Tarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln durchzusetzen, wäre ein wertschöpfungsbezogener Mobilitätsbeitrag zu entrichten.

6. Mit einem Investitionsprogramm und flächendeckenden realen Alternativen kann dann schrittweise eine CO₂-Steuer bzw. Umweltsteuer nützlich sein – aber nicht vorher!

7. Weitere Schritte sind aber zusätzlich erforderlich:

- Schluss mit dem EU-Freihandelsdogma
- Weiterer Ausbau von Autobahnen und Fluginfrastrukturen in Frage stellen
- Ernährungssouveränität auf biologische Grundlage
- Stopp der milliardenschweren Aufrüstung.

Meine Meinung

Haushalt 2020 – Machtspiele oder Zusammenarbeit?

Dreißig Anträge zu einem Haushalt – vielleicht haben andere Mitglieder der StVV schon Haushaltsberatungen erlebt, in denen so viel Papier auf den Tisch kam – ich nicht. Der Großteil der Anträge wurde wie gewohnt abgelehnt. Einige davon sicher zu Recht – auch von der DKP.

Wenn der Verlauf dieser Haushaltsberatung wieder eines gezeigt hat, dann das: die Rathauskoalition von SPD und Grünen hat inhaltlich wenig beigetragen – vielleicht in der Überlegung, dass die Verwaltung es unter einem Bürgermeister aus ihren Reihen schon richtet. Und die Koalition hat wenig Interesse an dem, was andere an Argumenten von anderen Fraktionen kommt. Typisch der Kommentar der Grünen zum Antrag zur „Seegasse“ (Tempo-mindernde Maßnahmen): man sollte doch mal mit den Anwohnern dort sprechen, vielleicht wollen die so etwas garnicht. Wer in den Beratungen zugehört



hat weiß auch, dass mal die DKP, mal der Reinheimer Kreis seit Jahren, und zuletzt auch kurz vor den Haushaltsberatungen vor Ort mit den Anwohnern gesprochen, und ihre Vorschläge aufgegriffen haben.

Beim Thema Klimaschutz war die Koalition immerhin noch zu einem gemeinsamen Antrag mit der DKP bereit. Den Antrag der SPD, für das MVZ auch Mittel der Stadt bereit zu stellen, wollten gerne auch andere Fraktionen mit tragen – in der Ausschusssitzung noch kein Problem, aber bei der Beschlussfassung war es dann wohl genug mit Freundlichkeiten: die anderen durften doch nicht mit unterzeichnen.

Das ist vielleicht eher Symbolpolitik, als das es praktische Auswirkungen hat. Schon der SPD-Antrag wäre eher Sache der Verwaltung gewesen, und beschlossen wurde er am Ende so oder so. Aber mit diesen Machtspielen gibt die StVV insgesamt ein schlechtes Bild ab. Wenn man den Rechtspopulisten zukünftig etwas entgegen setzen möchte, dann zuerst eines: eine sachbezogene und faire Diskussion, auch in den Parlamenten.

Friedrich Kammer

Klimaschutz 2020: Aktionsplan und „Runder Tisch“

Ein positives Ergebnis der Haushaltsberatungen: in diesem Jahr soll es vorgehen mit „konkreten Maßnahmen“ beim Klimaschutz. Von denen war ja die Rede, als die StVV im letzten August den Klimanotstand ausgerufen hatte. In den Monaten danach hat auch die DKP versucht, diesen Beschluss mit Leben zu füllen – entsprechende Forderungen kamen ja auch aus Kreisen der Naturschützer. Aber es war nicht ganz einfach...

Bei Haushaltsberatungen geht es vor allem darum, wo Geld ausgegeben oder eingespart wird. Dabei bleibt normalerweise wenig Zeit um weiter auszuholen und grundlegende Diskussionen zu führen. Genau die braucht es aber bei einem Thema wie dem Klimaschutz – deswegen hat man in der Vergangenheit immer mal

auch zusätzlich zu Haushaltsanträgen noch weitere Anträge gestellt, bei denen dann um die konkreten Inhalte ging.

Darum hat die DKP im Herbst – rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen – ihren Antrag zum Klimaschutz eingebracht: als ersten Schritt einen Aktionsplan zu erarbeiten, und dabei mit einem „Runden Tisch“ auch die interessierte Öffentlichkeit mitzunehmen. Zur Erinnerung: Reinheim ist seit 2010 Mitglied in einem „Bündnis der hessischen Klimakommunen“, und hat sich von daher eh schon dazu verpflichtet, einen Aktionsplan bzw. Klimaschutzkonzept zu erarbeiten und umzusetzen.

Im ersten Durchlauf wurde dieser Antrag im Bauausschuss von einer großen Mehrheit, also auch Grünen und SPD, abge-

lehnt. Eine Sitzungsrunde später, in den Haushaltsberatungen, wurde dann doch ziemlich genau das beschlossen, was in dem Antrag der DKP stand. Nachdem die Grünen sich auch etwas gründlicher auf das Thema eingelassen hatte, kamen sie im großen und ganzen zum gleichen Vorschlag wie die DKP. Am Ende war es ein gemeinsamer Antrag von Grünen, DKP und SPD.

Mit dem Ergebnis können wir zufrieden sein, der Hergang wirft dann doch Fragen auf. Die Rathauskoalition hat sich erst wieder einmal nach der Devise verhalten „erst ablehnen – dann nachdenken und diskutieren“, zumindest bei Anträgen der „Opposition“ leider anscheinend noch immer die Regel.

Friedrich Kammer

Pressemitteilung

Regionales Schienenbündnis zum „Verkehrsgipfel“

Das Regionale Schienenbündnis zeigt sich erfreut, dass einige von ihm bereits im Juni 2017 gewünschte und bisher von Politik und RMV abgelehnte Maßnahmen vom „Verkehrsgipfel“ übernommen wurden. Der Zeithorizont, den der Verkehrsgipfel zur Umsetzung der Maßnahmen mit „mittel- bis langfristig“ beschreibt, wird jedoch den Erfordernissen von Klimakatastrophe und Verkehrskollaps nicht gerecht. Dabei wären mit schon heute vorhandenen Fahrzeugen auf heutiger Schienen-Infrastruktur sowie und bisschen Mut und Fantasie Verbesserungen möglich. Der lückenfreie, tägliche Bahn-Halbstundentakt von Darmstadt nach Erbach, Aschaffenburg, Pfungstadt und Wiesbaden lässt sich sofort einrichten, ebenso der Halbstundentakt zwischen Dieburg und Buchschlag. Während der RMV-Fahrplan im 30-km-Radius um Frankfurt seit Dezember 2019 erhebliche Taktverdichtungen umsetzt, bleiben der Odenwaldkreis, und die Ostkreise Offenbach und Darmstadt-Dieburg immer weiter zurück.

Die Informationspolitik für die Teilnehmenden des „Verkehrsgipfels“ durch den Dadina-Vorstand ist aus Sicht des Schienenbündnisses lückenhaft. So blieb z. B. das der Dadina bekannte Schienen-



Die letzte Fahrt des Odenwälder Lieschen am 29. Mai 1963. (Foto: W. Ludwig)

bündnis-Konzept „123 km Zukunft für Gersprenztalbahn und Odenwaldbahn“ vom September 2018 mit Reaktivierung der Strecke nach Groß-Bieberau sowie die „Reaktivierungs-Agenda“ des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen vom Mai 2019 – der VDV schlägt eine „Stadt-Land-Bahn“ vor – beim Verkehrsgipfel außen vor.

Zudem verweigern Dadina und Darmstadt-Dieburger Kreistag eine Experten-Anhörung mit Vertretern erfolgreicher Stadt-Land-Bahn-Systemen und kein Dadina-Vertreter nahm an der Exkursion nach Bad Wildbad teil: Die mangelhafte Informationsgrundlage führt zu falschen Entscheidungen.

Zur deutlichen Verbesserung der Informationsgrundlage veranstaltet das Regionale Schienenbündnis daher im 1. Halbjahr vier öffentliche Info-Abende (in Darmstadt, Groß-Bieberau* und Höchst) sowie eine Exkursion nach Heilbronn.

Die zugehörige Einladung geht allen Anliegerkommunen der Gersprenztalbahn, Odenwaldbahn und im Ostkreis Darmstadt-Dieburg zu, ebenso den Abgeordneten aus Landtag und Bundestag

sowie den Kreistagsfraktionen. Aufgrund der frühzeitigen Information hofft das Schienenbündnis auf eine rege Teilnahme auch aus den Reihen von Politik und Nahverkehrsorganisationen.

*Info-Abend in Groß-Bieberau: „Gersprenztalbahn, Odenwaldbahn, ÖPNV“ am Donnerstag, 2. April 2020, 19.30 Uhr- „Zum Deutschen Haus“

Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,

Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),

Tel. 0 61 62 / 9173780

- Eigendruck -

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto

R. Grieger

IBAN: DE82 5085 2651 0075 1316 31



MVZ – Medizinisches Versorgungszentrum für Reinheim

Im März 2016 war Kommunalwahl und die DKP hat damals in ihrem Wahlprogramm in alphabetischer Reihenfolge von A wie Armut bis Z wie Zentrum, Medizinisches folgendes gefordert:

„Die ärztliche Versorgung in Reinheim steht vor einem äußerst problematischen demographischen Problem. Die Anzahl vor allem älterer und kaum noch mobiler Menschen einerseits wächst. Der Bestand der hiesigen Arztpraxen ist gefährdet, weil immer mehr Ärzte in den Ruhestand gehen und keinen Nachfolger mehr finden

Die DKP sieht es als Aufgabe der (Kommunal)Politik, die künftige Entwicklung hin zu Gemeinschaftspraxen oder einem Medizinischen Versorgungszentrum zu begleiten. Daran wollen wir mitwirken.“

Mitwirkung - Fehlanzeige

Im „Darmstädter Echo, Weihnachten 2019“ konnte man in einem Artikel mit der Überschrift „Im Sommer soll das MVZ starten“ teilt Bürgermeister Manuel Feick (SPD) mit.

Das ist eine schöne Nachricht, fast wie

eine „Weihnachtsbotschaft“. Weiter heißt es im Artikel des Echo: „Der Magistrat der Stadt unterstütze nun, wo er könne und stehe in engem Kontakt mit den zuständigen Personen im Landkreis, bei den Kreiskliniken und der Reinheimer Ärzteschaft.“

Die DKP-Fraktion, ihre gewählten Mitglieder einschließlich des Magistratsmitglieds freuen sich, wenn sie im „Darmstädter Echo“ dann auch noch lesen können, wo das MVZ errichtet wird.

Renate Grieger

Vorsorgliche freudige Information

Freudig wird zuweilen immer wieder verkündet, dass in Reinheim keine Straßenbeiträge bei grundlegenden Straßen-Erneuerungen von den Anliegern erhoben werden. Verschwiegen oder „vergessen“ wird dabei gerne, wie das in der Vergangenheit gelaufen ist.

Wir erinnern an die seinerzeitige Erhebung in der Groß-Bieberauer-Straße. Da kam es sogar zum Prozess beim Verwaltungsgericht: Stadtverordnetenversammlung gegen Magistrat. Das ist Geschichte.

Doch vor nicht allzu langer Zeit wollten die Mehrheits-Fraktionen Vorbereitungen zur Einführung von Straßenbeiträgen in Auftrag geben.

In namentlicher Abstimmung wurde das verhindert. Und zwar gegen jene, die bei vielen Gelegenheiten immer wieder freudig verkünden, dass in Reinheim keine Straßenbeiträge erhoben werden. Es war nicht ihr Werk.

Bevor demnächst freudig verkündet wird, dass Reinheim eine eigenständige

und gesicherte Wasserversorgung hat, nur so viel: Ein geplanter Verkauf an die Südhessische Gas- und Wasser-AG war geplant.

Doch insbesondere der außerparlamentarische Druck wurde so stark entwickelt, dass der Verkaufs-Plan dann letztlich zurückgezogen werden musste.

So viel nur vorsorglich, falls dies das nächste Verkündigungs-Thema wird.

Arno Grieger

Sparkasse Ueberau: Automat oft kaputt

Bei der Redaktion von „Unser Weg“ häufen sich Mitteilungen, dass in Ueberau der Geldautomat der Sparkasse öfter ausfällt.

Das ist sehr ärgerlich, da es oft dauert, bis die Reparatur erfolgt, wurde uns mitgeteilt.

Gerade für ältere Kundinnen und Kunden ist das sehr schlecht. Sie müssen dann nach Reinheim, wenn sie Bargeld benötigen.

Auf den Hinweis, dass man ja jederzeit alle Angebote der Sparkasse (Geld nach Hause bringen usw.) in Anspruch nehmen kann, geht man in vielen Fällen offensichtlich nicht ein.

„Unser Weg“ wurde gebeten, doch darauf hinzuweisen, dass der Automat bei Ausfall schneller repariert werden muss. Wir hoffen, dass der kleine Artikel dabei unterstützend wirkt!



Bürgerversammlung in Reinheim?

Gut, dass es aufmerksame Bürger gibt. Als der Artikelschreiber angesprochen wurde, wann es denn in Reinheim die nächste Bürgerversammlung gibt, konnte er nur feststellen, dass es schon lange keine gab. 2019 gab es auf jeden Fall keine. Eigentlich immer ein wichtiges Thema für die DKP. Und die Gesetzeslage ist auch eindeutig:

Die Hessische Gemeinde-Ordnung (HGO) formuliert in § 8 a ganz eindeutig:

„(1) Zur Unterrichtung der Bürger über wichtige Angelegenheit soll mindestens einmal im Jahr eine Bürgerversammlung abgehalten werden.

In größeren Gemeinden können Bürgerversammlungen auf Teile des Gemeindegebiets beschränkt werden. ...

(2) Die Bürgerversammlung wird vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Gemeindevorstand einberufen...

(3) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung leitet die Bürgerversammlung. Er kann Sachverständige und Berater zuziehen. Der Gemeindevorstand nimmt an den Bürgerversammlungen teil; er muss jederzeit gehört werden.“

Anzumerken ist: Der Gemeindevorstand ist bei Städten der Magistrat, der Vorsit-

zende der Gemeindevertretung ist der Stadtverordnetenvorsteher.

Ausführlich befasst sich der HGO-Kommentar mit dem Thema. So wird beispielsweise dargelegt, „dass es sich nicht um reine Vortragsveranstaltungen des Versammlungsleiters oder des Bürgermeisters handeln darf“. Ebenso wichtig sei es auch, Fragen und Anregungen der Bürgerschaft ausdrücklich zuzulassen, „denn Demokratie lebt von der Diskussion, nicht vom Monolog.“ Der Verzicht auf eine Bürgerversammlung ist laut HGO-Kommentar „nur unter engen Voraussetzungen zulässig.“

Arno Grieger

Hunde-Diskussion

Ausgelegte Gift-Köder – Berichte über ein gerissenes Reh. Ob es Zusammenhänge gibt, wissen wir nicht. An Spekulationen beteiligen wir uns nicht. Uns fehlt das Verständnis hierfür. Das ist zu verurteilen.

Ein Dauer-Ärgernis sind nach wie vor die Hunde-Hinterlassenschaften auf Gehwegen und Wegesrändern.

Zugegeben: Viele sind mit ihren Tüten unterwegs und heben alles auf, nehmen es mit. Manche Tüte landet landet leider einfach auf dem Bürgersteig. Und auch die „normalen“ Abfallbehälter werden teils zweckentfremdet.

Ordentliche Hunde-Halter wünschen sich mehr Behälter, auch im innerstädtischen Gebiet und auch an Spazierwegen. Denn wer läuft schon gern mit einer solchen gefüllten Tüte in der Hand durch die Gegend? Vielleicht könnten sich die Ortsbeiräte für ihre Ortsteile damit beschäftigen und Vorschläge unterbreiten.



Wohnungs-Suchende, Notwohnungen und Gewerbesteuer

Mit drei Parlaments-Anfragen startet die DKP-Fraktion ins Jahr 2020.

Zum Thema „Wohnungssuchende“ wird angefragt:

1. Werden bei der Verwaltung Listen geführt über Menschen, die vorsprechen und eine Wohnung suchen?
2. Wenn JA: Wie viele solcher Wohnungen werden aktuell gesucht?

Und bezüglich der „Notwohnungen“ fragt die DKP-Fraktion:

1. Wie viele Notwohnungen gibt es derzeit in Reinheim?
2. Wie viele sind davon belegt?
3. Wie lange ist die durchschnittliche Dauer der Unterbringung in diesen Notunterkünften?

Um einen genaueren Überblick über die Gewerbesteuer zu bekommen, wird angefragt:

1. Wie viele Gewerbebetriebe sind in Reinheim gemeldet?



2. Wie viele haben im zurückliegenden Jahr Gewerbesteuer gezahlt?
3. Wie sieht ein statistischer Überblick in etwa 5 Gruppen (Anzahl der Zahlenden / Höhe der Zahlung von – bis) aus?

Wie die DKP-Fraktion mitteilt, wird man an dem Wohnungsthema weiter dranbleiben.

Antrag

„Vermiete doch an deine Stadt!“

Die DKP-Fraktion hat einen Antrag eingereicht, mit dem erreicht werden soll, dass die Stadt gegenüber Hauseigentümern als Mieter auftritt und die angemieteten Wohnungen an Wohnungssuchende untervermietet.

Die Orientierung erfolgt dabei an einem seit 2016 in Viernheim erfolgreich praktizierten Modell.

Der Magistrat wird in dem Antrag aufgefordert, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen und eine Haushaltsstelle einzurichten.

Am 11. September („Tag der Wohnungslosen“) wurde bei einer Veranstaltung im Landratsamt („Aktiv gegen Wohnungsnot“) das Viernheimer Projekt „Vermiete doch an deine Stadt“ vorgestellt.

Es geht darum, dass die Stadt Wohnungen anmietet

- zur ortsüblichen Vergleichsmiete
- zur Untervermietung an wohnungssuchende Personen

- mit Herstellung des Einvernehmens zur Person des Untermieters
- der Garantie der Übernahme der finanziellen Risiken
- der Garantie der vertragsgemäßen Rückgabe der Mietsache
- der Zusage, den Untermieter im Bedarfsfall zu betreuen.

Bei der Veranstaltung im Landratsamt konnten alle entsprechende Fragen sehr konkret beantwortet werden. Eine inhaltreiche Präsentation wurde vorgelegt. Die DKP-Fraktion hat diese Präsentation zur Information dem Antrag beigefügt.

Leider konnte in bisherigen Ausschuss-Beratungen keine positive Empfehlung für das Parlament erreicht werden.

Es überwogen die Bedenken-Träger. Statt Chancen wurden immer nur Risiken an die Wand gemalt.

(Bei Redaktions-Schluss befand sich der Antrag noch im Geschäftsgang. Wir werden auf jeden Fall über den Fortgang berichten.)

Die Blutspur des US-Imperialismus

Wer die Ereignisse im Vorderen Orient verstehen will, muss lernen, dass der Kapitalismus zur ständig steigenden Konzentration wirtschaftlicher Macht und damit zum Imperialismus, das heißt zu kriegerischen Eroberungen von Rohstoffen und Absatzmärkten führt. Die Stationen der Kriegsverbrechen der USA im Vorderen Orient sind folgende: 1953 stürzte die CIA den demokratisch gewählten iranischen Premierminister Mohammad Mossadegh, um das iranische Öl wieder unter Kontrolle zu bekommen.

In den 80er Jahren rüsteten die USA Osama Bin Laden und die Dschihadisten auf, um die Sowjets aus Afghanistan zu vertreiben.

Ebenfalls in den 80er Jahren rüsteten die USA Saddam Hussein auf, um seinen Krieg gegen den Iran zu unterstützen und duldeten die Ermordung tausender irakischer Kurdinnen und Kurden.

1990 begann mit der Brutkasten-Lüge der erste Irak-Krieg.

2003 dann der zweite Irak-Krieg mit der Massenvernichtungswaffen-Lüge.

In der Folge entstand der „Islamische Staat“.

Ab 2012 rüsteten die USA Dschihadisten in Syrien auf, um Baschar al-Assad von der Macht zu vertreiben.

2018 kündigte US-Präsident Donald Trump das mühsam ausgehandelte Nuklearabkommen mit dem Iran.

Diese Zusammenhänge versuchen die USA mit ihrer weltweiten Propaganda und ihren Lügen immer wieder zu verschleiern. Die Ermordung des iranischen Generals Soleimani rechtfertigten sie mit einem unmittelbar bevorstehenden Angriff auf US-Einrichtungen: Soleimani sei „direkt und indirekt“ für den Tod von „Millionen Menschen“ verantwortlich, so Trump.

Dass die USA auch hier schamlos lügen, enthüllte der irakische Premierminister Adil Abd al-Mahdi vor dem Parlament: Er habe vorgehabt, Soleimani am Tag seiner Ermordung zu treffen, um bei einer diplomatischen Annäherung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien zu vermitteln. Trump habe sich, während er bereits das Attentat plante, noch persönlich bei ihm

für diese Bemühungen bedankt.

Angesichts der Tatsache, dass diese Kriegsverbrechen der USA in den letzten Jahrzehnten zum Tode von über drei Millionen Menschen führten, ist es verständlich, dass für die Menschen im Vorderen Orient die USA der „Terrorist Nummer 1“ sind.

Trump dagegen hat Soleimani als "number one terrorist anywhere in the world" ("Terrorist Nummer 1 überall auf der Welt") bezeichnet.

Ausführlich sind diese Zusammenhänge auf den nachdenkseiten dargestellt, die für jeden, der sich ein kritisches Urteil über die politischen Ereignisse und die kriegerischen Auseinandersetzungen bilden will, immer unverzichtbar werden: Soleimani-Attentat – Trumps Fake News und das Schweigen der Medien <https://www.nachdenkseiten.de/?p=57461>

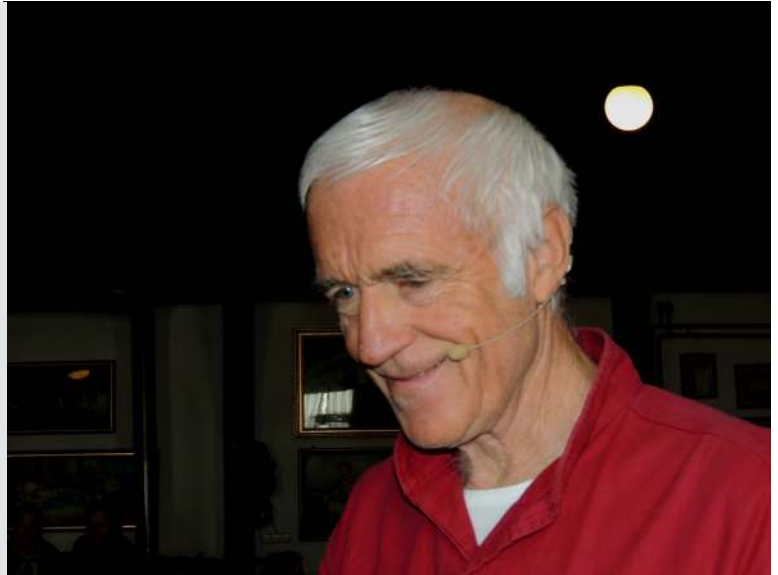
Der drohende USA-Irak-Krieg – der lange Schatten der Irak-Invasion 2003 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=57451>
Quelle: facebook-Seite Oskar Lafontaine



**DIE BLUTSPUR
DES US-IMPERIALISMUS**

Fredrik Vahle am 14. und 15. März in Reinheim: Großes Sitzkissenkonzert für Kinder

Zum 34. Mal wird auf Einladung der DKP-Reinheim der Kinderliedermacher Fredrik Vahle auftreten. Ein Konzert für Junggebliebene Vahle-Fans und ein Sitzkissenkonzert für seine kleinsten Fans.



Schräge Lieder, schöne Töne

Am Samstag, dem 14. März 2020 um 20.00 Uhr findet für alle Fredrik-Vahle-Fans eine Abendveranstaltung statt. „In 120 Minuten musikalisch um die Welt“ mit Fredrik Vahle begleitet von Dietlind Grabe-Boltz, (Gesang) und Heinz Müller (E-Bass) sowie Manfred Vetter, (Percussion). Bei dieser Reise werden die Erwachsenen mitgenommen und angeregt mitzumachen, mitzuklatschen und mitzusingen. Dabei stellt er auch sein neues Buch „Schräge Lieder, schöne Töne“ vor, „Erinnerungen und Denkantöbe zwischen Anne Kaffeekanne und Cowboy Jim“ .

Diese Veranstaltung, am Vorabend des großen Kinderkonzerts ist der „Geheimtipp“ für alle, die als Kind mit diesen Liedern aufgewachsen sind.

Sitzkissenkonzert für Kinder

Am Sonntag, dem 15. März um 11.00 Uhr findet das große Sitzkissenkonzert für Kinder statt. Zum 34. Mal ist Fredrik Vahle jetzt zum Konzert in Reinheim und es ist immer wieder toll. Mit den bekannten Liedern der „Anne Kaffeekanne“

und dem „Katzentanzentanz“ wird mitgesungen und mitgetanzt.

Der Künstler bringt alljährlich neue Lieder und neue Gedichte mit in den Saal „Zum Kühlen Grund“ in Reinheim. Wir dürfen gespannt sein, mit welcher Überraschung er 2020 nach Reinheim kommt.

Auf jeden Fall soll ein Sitzkissen mitgebracht werden. Wenn er seine kleinen Fans zum Mitmachen auffordert, müssen sie sich bewegen können. Sie tanzen, sie klatschen und manchmal braucht der ganze Saal auch mal „eine Minute der Ruhe in Reinheim“ – und die kann ganz schön lang sein.

Wer jetzt neugierig geworden ist, sollte sich auf jeden Fall Karten im Vorverkauf besorgen.

Die Karten für die Konzerte gibt es im Vorverkauf für das Sitzkissenkonzert für 5,00 Euro, die Karten für das Erwachsenenkonzert kosten 7,00 Euro.

Erhältlich sind die Karten bei

Renate Grieger, Odenwaldring 11,
64354 Reinheim, Telefon 06162/85351 oder
„Zum Kühlen Grund“, Heinrichstraße
Telefon 06162/83317

Bestellungen auch über: www.dkp-reinheim.de